



RA Hans-Jürgen Thies | Münsterstraße 1–3 | 59065 Hamm

RA Hans-Jürgen Thies

Münsterstraße 1–3
59065 Hamm

Telefon 0 23 81 / 9 21 22-0
Telefax 0 23 81 / 9 21 22-71 33

thies@wolter-hoppenberg.de
www.wolter-hoppenberg.de

Gabelsbergerstraße 2
44141 Dortmund

Telefon 02 31/28 68-600
Telefax 02 31/28 68-666

info@ljb-nrw.de
www.ljb-nrw.de

Anhörung zur Wolfsproblematik in Sachsen – Landtag Dresden 15.05.2018

Stellungnahme zur Lt – Drucksache 6/12825 Deutschlandweit abgestimmtes Wolfsmanagement und Lt – Drucksache 6/12761 (Wolfsverordnung)

Deutschland und insbesondere das Bundesland Sachsen verfügen über eine der größten Wolfsdichten weltweit. Mit mindestens 700 Exemplaren, hat der Wolf in Deutschland (Norddeutsches Tiefland) längst einen günstigen Erhaltungszustand erlangt. Zur Vermeidung weiterer Konflikte mit Menschen und Weidetieren ist die Anzahl an Wölfen in Deutschland auf den aktuellen Bestand zu begrenzen. Angesichts der Populationsdynamik (rund 30% p.a.) und natürlicher Verluste, namentlich im Straßenverkehr, setzt die Bestandsbegrenzung auf dem gegenwärtigen Niveau die jährliche, letale Entnahme (Abschuss) von ca. 150 Wölfen in Deutschland voraus. Wegen des großen Aktionsradius und der Wanderungsbewegungen ist ein deutschlandweites und sogar staatenübergreifendes Wolfsmanagement, das vom Bund koordiniert werden muss, erforderlich.

Bankverbindung:

Volksbank Ruhr Mitte eG
Kto.-Nr.: 108 703 000
BLZ: 422 600 01
BIC: GENODEM1GBU
IBAN: DE25 4226 0001 0108 7030 00
USt-IdNr: DE165495061

Folgende Aufgaben müssten unter anderem von einem bundesweiten Wolfsmanagementplan analog § 28a BfG erfüllt werden:

- **Ermittlung und ständige Fortschreibung der Bestandszahlen auf Bundes- und Länderebene,**
- **Festlegung von Bestandsobergrenzen auf Bundes-, und Länderebene,**
- **Festlegung von wolfsfreien Gebieten in Deutschland,**
- **Festlegung von Kriterien für die reguläre, bestandsregulierende Entnahme von Wölfen,**
- **Regelungen im Umgang mit und Definition von sogenannten Problemwölfen,**
- **Festlegung der behördlichen Zuständigkeiten und Entscheidungskompetenzen für Wolfsabschüsse sowie Festlegung der Verantwortlichen /Befugten für die Entnahme,**
- **Regelungen im Umgang mit Hybriden,**
- **Festlegung geeigneter Herdenschutzmaßnahmen und deren Finanzierung,**
- **Entschädigungsregelungen und Haftungsfreistellungen für Tierhalter (zum Beispiel bei ausgebrochenem Weidevieh) und für Wildschadensersatzpflichtige.**

Unabhängig vom Zustandekommen eines bundesweiten Wolfsmanagementplans sollte auch das Bundesland Sachsen beim Bund darauf hinwirken, dass die in Deutschland lebenden Wölfe wegen ihres günstigen Erhaltungszustandes umgehend von Anhang IV in Anhang V der FFH/RL überführt werden und dadurch einen anderen Schutzstatus erhalten. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist der Abschuss eines Wolfes in Deutschland eine Straftat. Nur in bestimmten Ausnahmesituationen ist die Abwehr von Wolfsübergriffen unter Ausschöpfung von Notstandsbefugnissen gerechtfertigt. Diese Notstandsbefugnisse gehen meines Erachtens allerdings etwas weiter, als vielfach angenommen wird:

NOTSTANDBEFUGNISSE ZUR ABWEHR VON WOLFSÜBERGRIFFEN AUF MENSCH UND TIER

1.) Strafbarkeit bei Verletzung / Tötung eines Wolfes

1a) Natur- und artenschutzrechtlicher Schutz des Wolfes

- In Sachsen ist der Wolf einerseits „besonders geschützte Art“ nach § 7 II Nr. 13 a Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) und zugleich „streng geschützte Art“ nach § 7 II Nr. 14 a, b BNatSchG, jeweils in Verbindung mit Anhang A der EU-Verordnung Nr. 338/97 des Rates vom 09.12.1996 „über den Schutz von Exemplaren wildlebender Tier- und Pflanzenarten durch Überwachung des Handels“ und Anhang IV der Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21.05.1992 „Zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen“, kurz „Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie“, („FFH-Richtlinie“).

- Aus § 44 I Nr. 1 BNatSchG folgt, dass die Verletzung und Tötung des Wolfes als Tier einer besonders geschützten Art verboten ist.

Wenn die Verletzung oder Tötung vorsätzlich geschieht und sich zudem nicht nur auf ein Tier einer besonders geschützten Art, sondern sogar auf ein Tier einer streng geschützten Art bezieht, ist sie nicht nur Ordnungswidrigkeit gemäß § 69 II Nr. 1 BNatSchG, sondern Straftat gemäß §§ 71 I Nr. 1, 69 II Nr. 1 BNatSchG.

1b) Jagd- und kernstrafrechtlicher Schutz des Wolfes

- Darüber hinaus zählt der Wolf in Sachsen gemäß § 3 der Sächsischen Jagdverordnung vom 27.08.2012 zu den dem Jagdrecht unterliegenden Tierarten, wobei er ganzjährig von der Jagd ausgenommen wird. Wer als Jagdausübungsberechtigter oder „Jedermann“ die Schonzeit des Wolfes vorsätzlich oder fahrlässig missachtet und die Jagd auf ihn ausübt, begeht eine Straftat gemäß §§ 38 I Nr. 2, 22 II S. 1 Bundesjagdgesetz.

- Eine nach § 303 StGB strafbare Sachbeschädigung kann die Verletzung oder Tötung eines in Freiheit lebenden Wolfes niemals sein, weil dieser niemandem gehört, während § 303 StGB mit der „Fremdheit“ der Sache entgegenstehendes Eigentum verlangt und sich mit deren Herrenlosigkeit selbst dann nicht begibt, wenn durch die Beschädigung ein Nutzungs-, und sonach etwa ein jagdrechtliches Aneignungsrecht, beeinträchtigt wird.
- Ob sich der nicht zur Jagdausübung Berechtigte wegen Jagdwilderei nach § 292 I StGB strafbar macht, wenn er in Sachsen einen Wolf erlegt oder „beschädigt“ (verletzt), hängt davon ab, ob dieser dem Aneignungsrecht des Jagdausübungsberechtigten unterliegt oder ob an ihm, weil er in Sachsen ganzjährig von der Jagd zu verschonen ist und er ferner nicht nur dem Jagdrecht, sondern auch dem Naturschutzrecht unterfällt, kein Aneignungsrecht besteht. Auf das Aneignungsrecht kommt es an, weil § 292 StGB ein Vermögensdelikt ist. Die – wichtigen – Allgemeinrechtsgüter des Natur- und Artenschutzes, die der Wolf für sich beanspruchen kann, sind in § 292 StGB allenfalls mittelbar geschützt (Fischer, StGB mit Nebengesetzen, 63. Aufl. 2016, § 292 Rdnr. 2).

-

2.) Gestattet der Jagdschutz die Abwehr von Wolfsübergriffen auf „Wild“?

Gemäß § 23 BJG erfasst der Jagdschutz, allerdings nur *nach näherer Bestimmung durch die Länder*, „den Schutz des Wildes *insbesondere* vor Wilderern, Futternot, Wildseuchen, vor wildernden Hunden und Katzen sowie die Sorge für die Einhaltung der zum Schutz des Wildes und der Jagd erlassenen Vorschriften“. Gestattet der Jagdschutz die Tötung des Wolfes, wenngleich nicht zugunsten von Nutztieren, so doch zum Schutz des Wildes, von dem (95 % der Biomasse seines Mageninhaltes stammen von den 3 Schalenwildarten Reh-, Rot- und Schwarzwild) er sich immerhin weit überwiegend ernährt? Über die geregelten Bereiche hinaus sind, wie das Wort „insbesondere“ anzeigt, weitere Maßnahmen zum Schutz des Wildes zulässig. Dementsprechend ergänzt § 42 I Sächsisches LJG, dass „der Jagdschutz auch den Schutz des Wildes vor Beeinträchtigungen durch dem Jagdrecht nicht unterliegende Tierarten“ umfasst. Der Schutz vor Prädatoren ist folglich auch

in Sachsen Gegenstand des Jagdschutzes. Den Schutz des Wildes vor dem Wolf gewährleistet der Freistaat allerdings nicht. Im Gegenteil: In § 42 I LJG nimmt er unter den Tierarten, die zum Schutz des Wildes bejagt werden dürfen, ausdrücklich jene aus, die einem besonderen Schutz nach Naturschutzrecht unterliegen. Ein wildschützender Abschuss des Wolfes kommt daher in Sachsen nicht in Betracht.

3.) Notstandsbefugnisse bei Verletzung / Tötung eines Wolfes

Ob der Wolf, wie bei wildlebenden Tieren, die dem Jagdrecht unterliegen, sprich „Wild“, gemeinhin nach § 1 I BfG der Fall, auch in Sachsen dem Aneignungsrecht des Jagdausübungsberechtigten unterliegt, wird nachfolgend noch herauszuarbeiten sein. Doch selbst wenn sich erwiese, dass dies nicht der Fall ist, führte seine Verletzung oder Tötung zwar nicht zum Vorwurf der Jagdwilderei, sie löste aber noch immer die Strafbarkeit nach §§ 71 I Nr. 1, 69 II Nr. 1 BNatSchG und nach §§ 38 I Nr. 2, 22 II S. 1 BfG aus und es stellt sich die Frage, ob das Recht Erlaubnistatbestände kennt, die den Täter von Strafbarkeit ausnehmen.

3a) Notwehr

§ 32 StGB, Notwehr

Wer eine Tat begeht, die durch Notwehr geboten ist, handelt nicht rechtswidrig.

Notwehr ist die Verteidigung, die erforderlich ist, um einen gegenwärtigen rechtswidrigen Angriff von sich oder einem anderen abzuwenden.

Durch Notwehr nach § 32 StGB gerechtfertigt kann einem von einem Wolf ausgehenden Übergriff, gleich, ob auf Mensch oder Tier, es sei denn der Wolf würde von einem Menschen gehetzt oder – aber kaum denkbar – entgegen einer Garantenstellung eines Menschen nicht an seiner Attacke gehindert, nicht begegnet werden, weil der Angriff nach ganz herrschender Auffassung von einem Menschen ausgehen muss.

3b) Notstand nach § 228 BGB

§ 228 BGB, Notstand

Wer eine fremde Sache beschädigt oder zerstört, um eine durch sie drohende Gefahr von sich oder einem anderen abzuwenden, handelt nicht widerrechtlich, wenn die Beschädigung oder die Zerstörung zur Abwendung der Gefahr erforderlich ist und der Schaden nicht außer Verhältnis zu der Gefahr steht. Hat der Handelnde die Gefahr verschuldet, so ist er zum Schadensersatz verpflichtet.

§ 904 BGB, Notstand

Der Eigentümer einer Sache ist nicht berechtigt, die Einwirkung eines anderen auf die Sache zu verbieten, wenn die Einwirkung zur Abwendung einer gegenwärtigen Gefahr notwendig und der drohende Schaden gegenüber dem aus der Einwirkung dem Eigentümer entstehenden Schaden unverhältnismäßig groß ist. Der Eigentümer kann Ersatz des ihm entstehenden Schadens verlangen.

§ 34 StGB, Rechtfertigender Notstand

Wer in einer gegenwärtigen, nicht anders abwendbaren Gefahr für Leben, Leib, Freiheit, Ehre, Eigentum oder ein anderes Rechtsgut eine Tat begeht, um die Gefahr von sich oder einem anderen abzuwenden, handelt nicht rechtswidrig, wenn bei Abwägung der widerstreitenden Interessen, namentlich der betroffenen Rechtsgüter und des Grades der ihnen drohenden Gefahren, das geschützte Interesse das beeinträchtigte wesentlich überwiegt. Dies gilt jedoch nur, soweit die Tat ein angemessenes Mittel ist, die Gefahr abzuwenden.

- Unter „Notstand“ versteht man eine Gefährdung von Rechtsgütern, die nur im Wege der Preisgabe oder Beeinträchtigung anderer Rechtsgüter abgewendet werden kann. Zur Bewältigung dieser Konfliktlage halten das Straf- und Zivilrecht geschriebene und ungeschriebene Rechtssätze vor, die im

Individualfall nach diversen Kriterien die Feststellung ermöglichen, ob das sog. „Eingriffsgut“ unter den widerstreitenden Interessen gegenüber dem sog. „Erhaltungsgut“ unterliegt, so dass es gerechtfertigt ist, es zur Gefahrenabwehr zu beeinträchtigen. Für die gerechtfertigte Abwehr von Wölfen ausgehenden Gefahren für Leib und Leben von Mensch und Tier kommen §§ 228 und 904 BGB und 34 StGB in Frage.

- Mit § 228 BGB („Defensiv-“ bzw. „Verteidigungsnotstand“) und § 904 BGB („Aggressiv-“ bzw. „Angriffsnotstand“) hält das Zivilrecht zwei Notstandsregelungen bereit, die wegen des Grundsatzes der Einheit der Rechtsordnung auch im Strafrecht zu beachten sind. Im Hinblick auf die Beschädigung oder Zerstörung von Sachen sind diese Normen sogar *lex specialis*. Der Grund für diesen Anwendungsvorrang liegt in dem wesentlich höheren Alter der §§ 228, 904 BGB gegenüber dem strafrechtlichen Notstand nach § 34 StGB, der erst 1975 in den Allgemeinen Teil des StGB eingefügt wurde und darin, dass § 34 StGB die allgemeinste und weiteste Regelung zur Interessenabwägung in einer Notstandslage ist.

Vorab regelten §§ 228, 904 BGB den rechtfertigenden Notstand allerdings nur äußerst lückenhaft. Erfasst war nur die Abwehr einer von einer Sache ausgehende Gefahr (Verteidigungsgedanke) und die zur Abwehr beliebiger Gefahren erforderliche Einwirkung auf die Sachen Unbeteiligter (Aufopferungsgedanke). Eine Bestimmung, die in Notstandslagen einen Eingriff in andere Rechtsgüter als Sachen gestattete, fehlte. § 34 StGB geht in seinen Voraussetzungen über § 228 BGB hinaus. Die Rechtsgüterabwägung ist durch einen Interessenvergleich ersetzt, bei dem der Wert der widerstreitenden Rechtsgüter nur *ein* Gesichtspunkt unter anderen ist, überdies ist mit § 34 S. 2 StGB eine Angemessenheitsklausel hinzugefügt.

Auf den Rechtfertigungsgrund des Aggressivnotstandes kann sich berufen, wer sich einer Notstandslage dadurch entledigt, dass er zur Gefahrenabwehr schädigend auf eine fremde Sache einwirkt, von der die Gefahr jedoch nicht ausgeht.

Z.B.: Um einen angreifenden Hund abzuwehren, entreißt A dem B seinen Regenschirm, der durch die Bisse des Hundes Schaden nimmt. Die Sachbeschädigung (§ 303 StGB) am Regenschirm ist durch § 904 BGB gerechtfertigt.

§ 904 BGB ist für unseren Zusammenhang zunächst weniger bedeutsam als § 228 BGB.

In der Situation des § 228 BGB wendet der Täter die drohende Gefahr durch Einwirkung auf gerade die Sache ab, von der die Gefahr ausgeht.

Z.B.: Um seinen Dackel vor dem diesen schwer attackierenden Boxer (Hund!) des B zu retten, erschießt A den Boxer (OLG Koblenz, Urt. v. 14.07.1988 - 5 U 115/88; LG Marburg, Urt. v. 11.01.1995 - 5 S 112/94). Die Sachbeschädigung am Boxer (§ 303 StGB) ist durch § 228 BGB gerechtfertigt.

Weil der Täter hier auf die gefährdende Sache selbst einwirkt, darf der abgewendete Schaden (Tod des Dackels) im Verhältnis zum angerichteten Schaden (Tod des Boxers) sogar geringwertiger sein, solange er nicht unverhältnismäßig niedrig ist. Gegenüber § 34 StGB ist § 228 BGB mithin weniger streng.

- Selbstverständlich ist das Tier als Mitgeschöpf des Menschen keine Sache. Ob die Tötung eines Mensch oder Tier angreifenden Wolfes nach § 228 BGB gerechtfertigt ist, ist dennoch erwägenswert, weil im Zivilrecht gemäß § 90 a BGB auf Tiere die für Sachen geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden sind. Die Analogiebildung zwischen Tier und Sache und ferner der Umstand, dass § 228 BGB gegenüber § 34 StGB die speziellere Norm ist, legen es nahe, die Verletzung / Tötung eines angreifenden Wolfes nach Zivil- anstatt Strafrecht zu rechtfertigen.

Allerdings sieht § 228 BGB vor, dass die Gefahr von einer *fremden* Sache ausgeht. Mit der Sacheigenschaft eines Tieres hat man wegen § 90 a BGB

keine Schwierigkeiten. Fraglich ist dagegen die Fremdheit des Wolfes. Fremd sind Sachen, die im Eigentum eines anderen stehen. Sicher gehört ein - nicht eben in einem Gehege lebender - Wolf niemandem. Er ist herrenlos. Jedoch stellt die herrschende Meinung in Rechtsprechung und rechtlichem Schrifttum den fremden Sachen die herrenlosen Sachen gleich, *sofern an ihnen ein Aneignungsrecht besteht* (Vgl. statt vieler Ellenberger in: Palandt, Kommentar zum BGB, 77. Aufl. 2018, § 228 Rdnr. 5; Mitsch, Strafrecht Besonderer Teil 2, Vermögensdelikte, 3. Aufl. 2015, Rdnr. 880). Wenn zur Abwehr einer von ihm ausgehenden Gefahr „Wild“ im jagdrechtlichen Sinn, das sowohl herrenlos ist, wiewohl an ihm gemäß § 1 I S. 1 BJG ein Aneignungsrecht des Jagdausübungsberechtigten besteht, verletzt oder getötet wird, ist daher § 228 BGB und nicht § 34 StGB die einschlägige Rechtfertigungsnorm.

- Nach dem BJG ist der Wolf jedoch kein „Wild“. Im Katalog des Haarwildes in § 2 I BJG, der abschließend ist, ist er nicht aufgeführt. *Bundesrechtlich* unterliegt er mithin nicht dem Jagdrecht und folglich auch keinem Aneignungsrecht eines Jagdausübungsberechtigten, das Voraussetzung für die Rechtfertigung seiner Tötung im Falle eines von ihm ausgehenden Angriffs nach § 228 BGB wäre.

- Mit Ausnahme des Freistaates Sachsen, der den Wolf im August 2012 als erstes und seither einziges Bundesland dem Landesjagdrecht unterstellt hat, ist er auch landesrechtlich aufgrund der Ermächtigung in § 2 II BJG bisher nicht zum „Wild“ erklärt worden. Weil folglich in den übrigen deutschen Bundesländern zweifelsfrei keine jagdrechtliche Aneignungsbefugnis an ihm existiert, ist § 228 BGB insoweit ebenfalls unanwendbar.

- In Sachsen könnte dies jedoch anders sein, weil dort der Wolf zum „Wild“ gehört. Trotz der Überführung in das Landesjagdrecht genießt der Wolf allerdings auch in Sachsen nach der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zur Neuregelung jagdrechtlicher Vorschriften vom 27.08.2012 i.V.m. der Verordnungsermächtigung nach § 34 II des Sächsischen Landesjagdgesetzes ganzjährige Schonzeit. Eine allgemeine Jagdzeit durfte dem streng geschützten

Wolf wegen des Zugriffs- und Besitzverbotes in der FFH-RL nicht eingeräumt werden. Die Bejagung des Wolfes liefe Artikel 12 I a FFH-RL zuwider, der „alle absichtlichen Formen des Fangs oder der Tötung von aus der Natur entnommenen Exemplaren der streng geschützten Art“ verbietet. Nach Artikel 12 II FFH-RL ist außerdem (u.a.) auch der Besitz von Tieren einer streng geschützten Art untersagt. Entsprechend verbietet § 44 II Nr. 1 BNatSchG, Tiere besonders geschützter Arten in Besitz oder Gewahrsam zu nehmen, im Besitz oder Gewahrsam zu haben oder zu be- oder verarbeiten. Die auf die Unversehrtheit des Wolfes ausgehenden Verbote in Artikel 12 der FFH-RL haben zwar nicht die Überführung des Wolfes in das sächsische Jagdrecht verhindert, sie unterbinden aber seine Bejagung und die Inbesitznahme von Individuen seiner Art durch Jedermann und sogar durch den Jagdausübungsberechtigten.

Ausnahmen zu den in Artikel 12 I a FFH-RL statuierten Verboten sind in Artikel 16 der FFH-RL vorgesehen. Soweit sie aber über die Aufnahme verletzter, hilfloser oder kranker Tiere oder die Entnahme toter Exemplare aus der Natur und deren Abgabe an die von der für Natur und Landschaftspflege zuständigen Behörde bestimmte Stelle hinausgehen, sollen diese Ausnahmen eng auszulegen sein (Wolf, Der Wolf als streng geschützte Art und möglicher Gegenstand des Jagdrechts, ZUR 6/2012, S. 331, 334 m.w.N.) Sie setzen vor allem voraus, dass die Population der betroffenen Art in ihrem Verbreitungsgebiet in einem günstigen Erhaltungszustand verweilt. Im Monitoring-Jahr 2015/2016 gab es laut Bundesamt für Naturschutz deutschlandweit 46 Rudel, 15 Paare und 4 sesshafte Einzeltiere, insgesamt mithin 120 bis 130 erwachsene Wölfe in deutschen Waldungen, gegenwärtig sollen es nach großzügiger Schätzung rund 800 sein. Die Wildbiologie geht davon aus, dass ein längerfristiger Erhalt der Population mindestens 500 Exemplare voraussetzt (Reinhardt, Kluth, Leben mit Wölfen, Leitfaden für den Umgang mit einer konfliktträchtigen Tierart in Deutschland, Bundesamt für Naturschutz-Skripten 201, 2007, S. 17). Ausnahmen werden daher nicht eben selbstredend mit dem Gemeinschaftsrecht zu vereinbaren sein und insbesondere deshalb selten bleiben, weil die EU-Kommission nach Maßgabe von Artikel 16 II S. 1 FFH-RL im zwei-Jahres-Turnus über die Gestattung

derselben zu unterrichten ist.

Offensichtlich zielte die Aufnahme des Wolfes in das sächsische Landesjagdrecht nicht auf die Ermöglichung seiner Bejagung, sondern allein auf die schützende Hegeverpflichtung des Jagdausübungsberechtigten. Das klassisch mit dem Jagdausübungsrecht verbundene Aneignungsrecht am Wild ist für den Wolf in Sachsen außer Kraft gesetzt (so ausdrücklich geregelt in § 3 Abs. 6 Sächsisches Jagdgesetz). Während die herkömmliche bundes- oder landesministeriell durch Rechtsverordnung angeordnete Schonzeit dieses Recht unberührt lässt, verhält es sich mit der in Sachsen für den Wolf angeordneten Schonzeit deshalb anders, weil diese durch die in Artikel 12 I, II der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie angeordneten Verbote der Tötung und des Besitzes von Wölfen erzwungen ist. Besonders stark kontrastiert das Aneignungsrecht mit dem vornehmlich auf tote Tiere zugeschnittenen Besitzverbot nach Artikel 12 II FFH-RL: Nach § 985 BGB erwirbt das Eigentum, wer eine herrenlose bewegliche Sache in Eigenbesitz nimmt. Die Besitzergreifung ist folglich Voraussetzung für den Eigentumserwerb durch Aneignung. Ein Gesetz, das die Aneignung zulässt, muss den Besitz gestatten und umgekehrt: wo er, wie durch die besonderen Bindungen der sächsischen Schonzeitregelung an das europäische Artenschutzrecht für den Wolf verboten ist, müssen Aneignung und Eigentumserwerb entfallen.

Wenn demnach der Wolf in Sachsen zwar ein herrenloses, aber kein Tier ist, an dem ein Aneignungsrecht des Jagdausübungsberechtigten besteht (§ 3 Abs. 6 Sächsisches Jagdgesetz), lässt sich die Abwehr einer von ihm ausgehenden Gefahr auch nicht auf den auf Eingriffe in das Eigentum an Sachen zugeschnittenen § 228 BGB stützen.

3c) Entschuldigender Notstand nach § 35 StGB

Weil das *Eigentum* an denkbaren *Beutetieren* des Wolfes nicht unter die Schutzgüter des Entschuldigenden Notstandes nach § 35 StGB fällt, deren Aufzählung mit Leben, Leib und Fortbewegungsfreiheit des angegriffenen

Menschen, einem seiner Angehörigen oder einer anderen ihm nahe stehenden Person abschließend ist, lässt sich dessen Abwehr in diesem Fall nicht auf den Gedanken der Unzumutbarkeit normgemäßen Verhaltens stützen.

Anders ist dies, wenn ein *Mensch* von einem Wolf attackiert wird. Soweit jedoch bereits die Rechtswidrigkeit der Abwehrhandlung entfällt, weil ein Rechtfertigungsgrund eingreift, was bei der „Gefechtsstellung“ Wolf/Mensch immer der Fall ist, gelangt die strafrechtliche Prüfung nicht mehr zu der Frage, ob Entschuldigungstatbestände von Strafbarkeit ausnehmen.

3d) Rechtfertigender Notstand nach § 34 StGB

Sodann verbliebe als Rechtfertigungsgrund für die Verletzung / Tötung eines Wolfes, der im Begriff ist, Gehegewild oder ein Nutztier zu reißen, wobei naheliegend Schafe, Ziegen und Kälber in Betracht kommen, nur § 34 StGB.

- § 34 StGB kommt in unterschiedlichen Konstellationen vor. Explizit, d.h. nach dem Normtext, hatte der Gesetzgeber den aggressiven Notstand im Auge, den Fall folglich, dass der Handelnde zur Abwehr der Gefahr in die Rechtsgüter unbeteiligter Dritter eingreift. Seine Tatbestandsvoraussetzungen sind daher, indem das geschützte Interesse das beeinträchtigte wesentlich überwiegen muss, eher an § 904 BGB als an § 228 BGB angelehnt. Wenn zur Gefahrenabwehr die Rechtsgüter unbeteiligter Dritter herangezogen werden müssen, sind die Eingriffsvoraussetzungen nachvollziehbar erheblich enger. In anderen Sachverhaltsgestaltungen, dann nämlich, wenn von der Abwehrhandlung selbst und ausschließlich die Gefahrenquelle betroffen wird, ist es mit bedeutenden Auswirkungen auf die Interessenabwägung, insofern der abzuwendende Schaden nicht erheblich höher sein muss und es stattdessen genügt, dass die Auswirkungen der Gefahrenabwehr nicht außer Verhältnis zur abzuwendenden Gefahr stehen, notwendig und zulässig (BGH, JR 1980, S. 113 ff.; NStZ 1989, S. 431), den Rechtsgedanken des erwähnten (so. unter 3b) „Defensiv-“ / „Verteidigungsnotstandes“ in § 34 StGB hineinzulesen.

Wie man § 34 StGB zur Abwehr eines Wolfes auszurichten hat, ob mit merklichen Unterschieden bei der Güterabwägung als aggressiven oder defensiven Notstand, hängt davon ab, welches hinter dem Wolf stehende Rechtsgut durch seine Verletzung / Tötung beeinträchtigt wird. Für die klassische Situation des Defensivnotstandes müsste der Wolf als Gefährder und zugleich von der Gefahrenabwehr Betroffener Träger eigener Rechtsgüter sein. Das wird man, wenngleich es um seine Unversehrtheit und sein Leben geht, auszuschließen müssen. Unter den Individualrechten, das heißt einer konkreten Person zuzuordnenden Rechten, wurde zudem das Aneignungsrecht des Jagdausübungsberechtigten ausgeschlossen. Auch ist das Tötungsverbot in § 44 I Nr. 1 BNatSchG zwar eine individuelle Rechtspflicht, aber kein individuelles Rechtsgut. Dagegen steht das Jagdausübungsrecht, und sei es auch faktisch massiv entwertet durch die unabsehbar unausübbarer Aneignungsbefugnis, als eigentumsähnliches Individualrecht auch in Sachsen hinter dem Wolf und ferner streiten für den Wolf mit dem Arten- und Naturschutz öffentliche Interessen. Wenn in der Literatur bestritten wird, dass öffentliche Interessen, wie jene am Arten- und Naturschutz, mit dem Ergebnis des gänzlichen Entfallens der Güterabwägung, in dieselbe mit einzubeziehen sind (Meyer-Ravenstein, Notstandsrechte gegenüber dem Wolf, 2017, Rechtsgutachten für WNoN [Weidetierhalter Nord-Ost Niedersachsen], zuletzt abgerufen am 10.05.2018 unter: AL4-WNoN), so dass die Verletzung / Tötung eines Wolfes vorbehaltlich des § 34 S. 2 StGB zur Rettung von Gehegewild und Weidetieren gerechtfertigt ist, so ist dies sicherlich diskutabel, es berücksichtigt meines Erachtens jedoch nicht genügend, dass es nicht auf Verteidiger-, sondern auf Gefährderseite um öffentliche Interessen geht und dass ferner selbst auf Verteidigerseite öffentliche Interessen mittlerweile herrschend als notstandsfähig angesehen werden (Fischer, StGB, 63. Aufl. 2016, § 34 Rdnr. 5 m.w.N.).

Mit dem Arten- und Naturschutz, die den Wolf ungeachtet seiner Überführung in das sächsische Landesjagdrecht, von dem wiederum durch die ganzjährige Schonzeit nur die Hegeverpflichtung aktiv bleibt, auch weiterhin dominieren, werden zu seinen Gunsten öffentliche Belange am Konflikt nicht unmittelbar

beteiligter Personen in die Waagschale geworfen. Die Frage, ob der Wolf zur Gefahrenabwehr verletzt/ getötet werden darf, ist daher letztlich nach den Maßstäben des aggressiven Notstandes und somit geradewegs entlang des Wortlautes des § 34 StGB zu beantworten.

- § 34 S. 1 StGB setzt für eine Notstandslage ein notstandsfähiges Rechtsgut voraus, das nicht etwa bereits angegriffen oder gar schon verletzt worden sein muss. Die bisherige Gefährdung genügt.

- In Abkehr von Bindings Motto „Wer sich Gefahr begeben hat, komme darin um!“ (Handbuch des Strafrechts, Band I, 1. Auflage 1885, S. 778), besteht heute Einigkeit darüber, dass ein Verschulden der Notstandslage die Berufung auf § 34 StGB nicht ausschließt. Auf den Rechtfertigungsgrund kann sich daher auch berufen, wer vorbeugend zur Wolfsabwehr nichts unternommen hat, d.h. nicht versucht hat, einen wolfs sicheren Elektrozaun zu errichten (dass dies überhaupt möglich ist, wird von den Experten in Zweifel gezogen, daher die zurückhaltende Formulierung dieser Pflicht) oder wer keine Verlappung vorgenommen oder trotz Geeignetheit seines Betriebes keinen Herdenschutzhund eingesetzt hat oder wer sein Nutztier angepflockt hat. Jedoch wirken sich derlei Unterlassungen negativ bei der Güterabwägung aus.

- Am häufigsten von Wölfen gerissen werden Schafe, Ziegen, Kälber und Gehegewild. Sie stehen sämtliche im Eigentum ihres Halters. In Gehegen werden gefangene wilde Tiere gehalten, die nicht herrenlos sind, sondern nach § 960 BGB ebenfalls im Eigentum ihres Halters stehen. Das Eigentum des Tierhalters ist ein notstandsfähiges Rechtsgut. Auch der Herden- oder Jagdhund gehört jemandem. Weil § 34 StGB auch die Notstandshilfe umfasst, ist gleichgültig, ob der Eigentümer selbst oder ein Dritter zur Gefahrenabwehr antritt.

- Wenn ein Wolf in eine Weide oder in ein Gehege eingedrungen ist oder sich sonst unter Beutetieren befindet, sind diese und mithin das Eigentum ihres Halters, weil der Wolf ihnen körperlich überlegen ist, gegenwärtig gefährdet. Zu einem in Jagdabsicht unternommenen Angriff muss der Wolf, wie erwähnt,

nicht bereits angesetzt haben: Eine „Gefahr“ im Sinne des § 34 StGB ist ein Zustand, in dem aufgrund tatsächlicher Umstände die Wahrscheinlichkeit, also die begründete Besorgnis – die allgemeine Möglichkeit genügt nicht – des Eintritts eines schädigenden Ereignisses besteht. Gegenwärtig ist die Gefahr, wenn bei natürlicher Weiterentwicklung der Dinge der Eintritt eines Schadens sicher oder doch höchstwahrscheinlich ist, sofern nicht alsbald Abwehrmaßnahmen ergriffen werden.

- Gegenwärtig ist auch die Dauergefahr, die bereits besteht und deshalb jederzeit in einen Schaden umschlagen kann, ohne dass auszuschließen ist, dass dies noch eine Zeit lang auf sich warten lässt. Gegenwärtig ist die Dauergefahr, wenn sie so dringend ist, dass sie nur durch unverzügliches Handeln wirksam abgewendet werden kann. Wölfe sind sehr heimliche Tiere, Begegnungen mit ihnen sind selten. Eine passende Situation, um den Wolf wegen einer von ihm ausgehenden Dauergefahr zu verletzen oder zu töten, liegt daher vor, wenn er es erkennbar vorerst dabei belassen will oder muss, die Situation vor Ort in Augenschein zu nehmen, mögliche Beute zu beobachten, die Durchlässigkeit eines Zaun zu erproben oder auch dann, wenn er nur einen Reißversuch unternimmt.

- Die Verletzung / Tötung des Wolfes muss unabwendbar sein. Andere objektiv geeignete und relativ mildere Mittel dürfen zum Schutz seiner Angriffsobjekte nicht zur Verfügung stehen. An die Geeignetheit des Mittels sind strenge Anforderungen zu stellen, damit nicht nutzlos in die Rechtsgüter Dritter eingegriffen wird. Jedoch ist ein Mittel nicht schon deshalb ungeeignet, weil es den Wolf nicht mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit abwehrt. Umgekehrt müssen keine Mittel in Kauf genommen werden, die eine Verletzung der zu schützenden Rechtsgüter befürchten lassen.

Ein Mensch muss sich, es sei, er gefährde sich selbst, bevor er einen Schuss auf den Wolf anträgt, zuerst bemerkbar machen und versuchen, den Wolf zu vertreiben. Er sollte laut rufen, in die Hände klatschen, mit den Armen herumfuchteln, sich ihm gegebenenfalls ein Stück annähern und bevor er einen Schuss auf den Wolf anträgt, einen Warnschuss abgeben. Vertreibt er

den Wolf damit, geht von ihm keine gegenwärtige Gefahr mehr aus und er darf ihm nicht hinterher schießen. Dass die mögliche Verletzung des Wolfes im Hinblick auf die von § 34 StGB gebotene Erforderlichkeit des Abwehrmittels seine Tötung erübrigt, kann ich aus Tierschutzgründen nicht bejahen.

- § 34 S. 1 StGB erfordert des Weiteren, dass „bei einer Abwägung der widerstreitenden Interessen, namentlich der betroffenen Rechtsgüter und des Grades der ihnen drohenden Gefahr, das geschützte Interesse das beeinträchtigte wesentlich überwiegt.“

Gegenüber stehen sich das Tiereigentum des Nutztierhalters und das arten- und naturschutzrechtliche Interesse am Erhalt eines Exemplars einer besonders und streng geschützten Tierart und das in Sachsen inhaltlich allerdings geschwächte Jagdausübungsrecht, wobei die abstrakte Wertigkeit dieser Interessen weniger aussagekräftig ist wie ihre Schutzwürdigkeit in der konkreten Gefahrenlage. Überhaupt ist anzumerken, dass es eine Einzelfallentscheidung des befassen Gerichtes in Ansehung aller individuell obwaltenden Umstände ist, ob strafrechtlich gerechtfertigt gegen den Wolf eingeschritten werden darf. Eine abstrakte Bewertung wird, - wie immer im Recht - wenn auch nicht unmöglich sein, so doch unscharf bleiben.

Bei der Güterabwägung sind folgende Punkte beachtlich:

- Der *Artenschutz* zielt auf die Population und nicht auf ein einzelnes der Population angehörendes Individuum. Angesichts des derzeit deutschlandweit auf 800 Tiere geschätzten Wolfsbestandes, stellt die Tötung eines einzelnen Wolfes keine Beeinträchtigung der Art dar. Dies gilt allerdings nur, solange Notstandshandlungen gegen Wölfe wie bisher eine Seltenheit bleiben.

Für die artenschutzrechtliche Zulässigkeit der Notstandstötung eines Wolfes spricht auch Artikel 16 I FFH-RL, demzufolge die Tötung ausnahmsweise gestattet ist, wenn es zur Rettung der gefährdeten Angriffsobjekte „keine anderweitige zufrieden stellende Lösung gibt“ und sich der Erhaltungszustand der Population durch die Tötung nicht verändern würde. Entsprechendes gilt

gemäß § 45 VII S. 1 und S. 3 BNatSchG, wonach von den unteren Naturschutzbehörden oder von der Landesregierung durch Rechtsverordnung von dem Tötungsverbot des § 44 BNatSchG Ausnahmen zur Abwendung erheblicher wirtschaftlicher Schäden im Einzelfall zugelassen werden können. Die Ausnahmen machen deutlich, dass auch der Artenschutz durchlässig ist und anderen Schutzgütern unterliegen kann.

- *Tierschutzrechtlich* stehen Wolf und Nutztier als Wirbeltiere einander gleich, so dass sich insoweit ein wesentliches Überwiegen im Sinne des § 34 StGB nicht von vornherein begründen lässt. Weil sich die beiden jedoch einen längeren Kampf liefern werden, an dessen Ende das Nutztier verenden wird und demgegenüber der Abschuss des Wolfes zu dessen schnellem Tod führt, spricht der Tierschutzgedanke eher für die Tötung des Wolfes, zumal nach § 1 S. 2 TSchG das schnelle Töten eines Tieres einem vermeidbaren Tierleid mit tödlichem Ausgang vorzuziehen ist. Insbesondere dann, wenn auf beiden Seiten dieselben Rechtsgüter betroffen sind, vermögen die Umstände und das Ausmaß der drohenden Rechtsgutsverletzung die Güterabwägung zu beeinflussen.

- Bei einem Vergleich des *wirtschaftlichen Wertes* der betroffenen Tiere scheint die Abwägung das zur landwirtschaftlichen Produktion genutzte Tier zu begünstigen, weil der frei lebende Wolf keinen Handelswert hat. Andererseits ist überlegenswert, ob der durch Wolfsrisse verursachte Eigentumsverlust nicht durch die Sozialbindung des Eigentums gedeckt ist, ganz ebenso wie zum Beispiel der Landwirt einen gewissen Fraßschaden von ganzjährig geschonten Gänsen entschädigungslos hinzunehmen hat. Vor allem aber besteht für durch Wolfsübergriffe auf Nutztiere entstandene Schäden sowohl für gewerbliche wie für Hobbytierhalter die Möglichkeit einer Ausgleichszahlung nach dem Sächsischen Naturschutzgesetz.

§ 38 VII Sächsisches NatSchG:

„Werden durch wildlebende Tiere der in Anhang IV a der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführten Arten Wolf (*Canis lupus*), Bär (*Ursus arctos*)

oder Luchs (Lynx Lynx) Sachschäden verursacht, so kann dem Betroffenen nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel ein Schadensausgleich gezahlt werden. Die Zahlung erfolgt nur, wenn der Betroffene alle zumutbaren Vorkehrungen gegen einen Schadenseintritt getroffen hat. Der Ausgleich wird durch die obere Naturschutzbehörde auf Antrag gewährt.“

Entschädigt werden der Marktwert sowie entstandene Tierarzt- und Entsorgungskosten, wenn der Wolf im bekannten Ausbreitungsgebiet als Verursacher nicht auszuschließen ist bzw. außerhalb desselben, wenn er als Verursacher bestätigt oder mit hoher Wahrscheinlichkeit als solcher anzusehen ist. Halter von angepflöckten Tieren werden für deren Verlust nicht entschädigt, wiewohl nach Ablauf einer Übergangsfrist nach Bekanntwerden des Wolfsvorkommens von 1 Jahr ein Schadensausgleich generell nur möglich ist, wenn bei der Tierhaltung Maßnahmen des Grundschutzes ergriffen, sprich nach den landesrechtlich bestimmten Kriterien geschlossen gezäunt wurde.

Wildschadensersatz gemäß §§ 29 ff. BfG, 46 ff. Sächs. LJG kommt dagegen für von Wölfen verursachte Schäden nicht in Betracht, weil das Wildschadensrecht ausschließlich auf den Ersatz von an Grundstücken eingetretenen Schäden zielt, während der Wolf mit Gehegewild und Nutztieren rechtlich betrachtet „bewegliche Sachen“ schädigt. Rechtstechnisch wäre eine diesbezüglich Erweiterung der Ersatzpflicht auf Wolfsrisse nach der Ermächtigungsgrundlage in § 29 IV BfG und der Aufnahme des Wolfes in das sächsische Jagdrecht zwar möglich, sie bedeutete aber einen Bruch in das System des Wildschadensersatzrechtes, weil dasselbe auf einer Gefährdungshaftung fußt, die an den Einfluss des Jagdausübungsberechtigten auf den schadensverursachenden Wildbestand anknüpft, den der Jagdausübungsberechtigte wegen der EU-artenschutzrechtlichen Einschränkungen des Bejagungsrechts für den Wolf in Sachsen jedoch gerade nicht hat.

Vor allem die im sächsischen Naturschutzrecht vorgesehenen Möglichkeiten zur Kompensation materieller Schäden verhindern bei einem Vergleich der

wirtschaftlichen Werte ein Übergewicht auf Seiten der Nutztiere.

- Ein weiterer Abwägungsfaktor ist der *ideelle Wert der gefährdeten Sache* für deren Eigentümer, der nach objektiven Maßstäben, doch dennoch nach den individuellen Gegebenheiten zu beurteilen ist. So wird die Bedeutung des gefährdeten Nutztieres durchaus berücksichtigungswert aufgewertet, wenn es sich um das Lieblingstier seines Halters oder das Exemplar einer besonders seltenen Rasse oder innerhalb seiner Rasse um ein außerordentlich wertvolles Tier handelt. Das besondere Interesse des Halters an derlei Tieren dürfte ungeachtet von Entschädigungsmöglichkeiten und bei Vornahme zumutbarer und fachgerechter Schutzmaßnahmen gegenüber dem strengen Artenschutz des Wolfes überwiegen.

- Erheblich ist weiter, ob die Gefahr von einem oder mehreren Wölfen ausgeht, ob der Wolf wiederholt im Begriff ist, schädigend in Erscheinung zu treten, ob es sich um einen „Problemwolf“ handelt, der im schlimmsten Fall sogar seine Scheu vor dem Menschen abgelegt hat und wie viele Nutztiere andererseits gefährdet sind und ob deshalb ein hoher, wirtschaftlicher Schaden zu erwarten ist und ob dieser kompensiert wird, oder ob nicht, weil die Ausgleichkasse gerade leer ist.

- Selbst wenn das Erhaltungsgut das Eingriffsgut entsprechend der nach § 34 S. 1 StGB vorgenommenen Prüfung überwiegt, muss das Verhalten des Notstandstäters gemessen an den anerkannten Wertvorstellungen der Allgemeinheit als sachgemäße Konfliktlösung erscheinen. In diesem Sinne handelt § 34 S. 2 StGB davon, dass die *Notstandstat* „angemessen“ sein muss. Durch dieses zusätzliche Korrektiv soll eine rechtsmissbräuchliche Berufung auf den Notstand verhindert werden.

An der Angemessenheit kann es fehlen, wenn die Notstandslage verschuldet wurde, indem trotz der offensichtlichen Gefahr von Wolfsrissen absolut zumutbare Schutzvorkehrungen, die überwiegend von den Bundesländern mit Wolfsvorkommen finanziell gefördert werden, sämtliche leichtfertig unterlassen wurden oder der Wolf gar angelockt wurde. Ferner dann, wenn

ein krasses Missverhältnis zwischen den widerstreitenden Gütern klafft, weil der Wolf getötet werden soll, um ein beliebiges Huhn, Kaninchen ... zu schützen.

- Zuletzt darf der Notstandstäter subjektiv zu keinem anderen Zweck als demjenigen tätig werden, eine von dem Wolf ausgehende Gefahr von sich (d.h. seinen Rechtsgütern und folglich auch seinem Tier-Eigentum) oder einem bedrohten Dritten (d.h. auch dessen Rechtsgütern und sonach auch dessen Tier-Eigentum) abzuwenden.

- Unter den aufgeführten Kriterien finden sich ersichtlich schlagkräftige Gründe für den Schutz von Nutztieren, so dass der Wolfsabschuss als Notstandshandlung nach § 34 StGB durchaus gerechtfertigt sein kann. Wenngleich man auch berücksichtigen muss, dass die im sächsischen Naturschutzrecht zum Erhalt von Tieren streng geschützter Arten verankerten Ausgleichszahlungen, weil der wirtschaftliche Wert von Nutztieren und Gatterwild ein bedeutender Abwägungsfaktor ist, leichthin zur Rechtswidrigkeit der zu ihren Gunsten unternommenen Notstandshandlung führen.

4.) Notstandsbefugnis nach § 34 StGB zugunsten des Herdenschutzhundes

Herdenschutzhunde werden im Idealfall bereits in der Schafsherde geboren, jedenfalls sollten sie in ihr aufwachsen, damit sie lernen, die Schafe als Teil ihres Rudels zu betrachten, das es im Ernstfall zu verteidigen gilt. Herdenschutzhunde arbeiten besser im Team. Ein Hund alleine ist bei einem Wolfsangriff zumeist überfordert, vor allem dann, wenn mehrere Wölfe aus verschiedenen Richtungen zu der Herde vorzudringen versuchen. Die Abwehrstrategie von Herdenschutzhunden liegt weniger im Angreifen des ihnen bekanntermaßen körperlich überlegenen Gegners Wolf als vielmehr im Verbellen und Verjagen. Zwischen Hund und Halter besteht eine langjährige Beziehung, überdies wurde gemeinhin viel Engagement in ihre Ausbildung investiert. Entsprechend wertvoll sind sie.

Im Kampf wird auch der Herdenschutzhund dem Wolf langfristig unterliegen. Der Tierschutzgedanke spricht folglich nach § 1 S. 2 TSchG ebenso wie bei dem Nutztier gegen einen leidvollen Tod des Hundes und für ein schnelles Ende des Wolfes.

Hinter dem wirtschaftlichen Wert eines ausgebildeten Herdenschutzhundes und dem Affektionsinteresse seines Halters tritt der artenschutzrechtliche Belang des Erhaltes möglichst jeden Individuums einer streng geschützten Art zurück.

Die Güterabwägung geht aus diesen Gründen zugunsten des Herdenschutzhundes aus. Auch zugunsten eines ausgebildeten Schweißhundes eines Jägers übrigens wäre dies der Fall.

Wegen der von ihm ausgehenden zugespitzten Gefahr erst recht nach § 34 StGB gerechtfertigt ist die Tötung eines verhaltensauffälligen Wolfes. Einen solchen - etwa an Tollwut - erkrankten, an den Menschen gewöhnten oder eigens aggressiven Vertreter seiner Rasse mag man zu gewärtigen haben, wenn er trotz Herdenschutzhund und Annähern eines sich lautstark bemerkbar machenden und sich heftig regenden Menschen samt Warnschuss nicht vom Hund ablässt. Derlei Einzelexemplare können, weil sie die öffentliche Sicherheit gefährden und selbst dem Artenschutz unerwünscht sind, sogar nach den Leitlinien und Managementkonzepten der Länder der Natur entnommen werden (Meyer-Ravenstein, Notstandsrechte gegenüber dem Wolf, 2017, Rechtsgutachten für WNoN [Weidetierhalter Nord-Ost Niedersachsen], zuletzt abgerufen am 10.05.2018 unter: A14-WNoN). Weil das typische Abwehrverhalten des Herdenschutzhundes, wie erwähnt, nicht darin besteht, sich auf einen Kampf mit dem Wolf einzulassen, sondern ihn zu vertreiben, scheitert das Eingreifen von § 34 StGB meines Erachtens auch nicht daran, dass der Herdenschutzhund bewusst zur Wolfsabwehr eingesetzt, die Notstandslage folglich von dessen Halter gleichsam provoziert worden wäre.

5.) Notstandsbefugnis nach § 34 StGB zugunsten des Menschen

Kommt es bei der Begegnung mit einem Wolf, etwa bei dem Versuch, Tiere vor ihm zu schützen, zu einer gegenwärtigen Gefahr für einen Menschen, ist der Abschuss, das Erschlagen mit einem Spaten, Knüppel, Weidezaun etc. unabhängig davon, ob sich der Mensch durch Annäherung an den Wolf bewusst gefährdet hat, sowohl im Rahmen der Güterabwägung als auch der Angemessenheitsprüfung nach § 34 StGB gerechtfertigt. Ihm ist es nicht zuzumuten, das Risiko eigener oder der Verletzung Dritter einzugehen. Die noch immer notwendige Erforderlichkeit eines Warnschusses oder anderer der Tötung vorausgehender Abwehrversuche lässt sich nur einzelfallbezogen beurteilen.

ZUSAMMENFASSUNG

Bereits jetzt kann der Abschuss eines Wolfes im Einzelfall – trotz genereller Strafbarkeit – unter Berücksichtigung der Ausnahmekriterien des Artikels 16 FFH/RL unter Notstandsaspekten gerechtfertigt sein. Wolfsübergriffe auf Weidetiere haben in der Vergangenheit gezeigt, dass von solchen Übergriffen häufig mehrere Weidetiere betroffen waren und selbst die unbehelligt gebliebenen Herdentiere post-traumatische Symptome (Kopfscheue) aufwiesen. Entschädigungsleistungen vermögen diese Nachteile nicht zu kompensieren. Eine Güterabwägung wird deshalb nicht nur bei Wolfsübergriffen auf Menschen oder wertvolle Herdenschutz- oder Jagdhunde, sondern auch schon bei einer konkreten Gefährdung von Weidevieh dazu führen müssen, dass der Abschuss eines Wolfes, der sich Weidetieren in erkennbarer Tötungsabsicht nähert, unter Notstandsgesichtspunkten durchaus gerechtfertigt sein kann.



Hans-Jürgen Thies

Rechtsanwalt und Vizepräsident des LJV-NRW

